

ÜBER 25 JAHRE SOLIDARITÄTSZUSCHLAG – EINE ÜBERGANGSLÖSUNG OHNE ENDE?

Unter Bundeskanzler Helmut Kohl wurde 1991 der sogenannte „Solidaritätszuschlag“ vom Deutschen Bundestag beschlossen, um die Finanzierung der Deutschen Einheit bewältigen zu können. Dabei wurde immer wieder betont, dass diese Abgabe nicht von Dauer sei. Da aber keine Bundesregierung auf die Einnahmen verzichten wollte, wurde der Solidaritätszuschlag immer wieder verlängert. Heute wird die Forderung nach einer Abschaffung oder Neujustierung des Solidaritätszuschlags immer lauter, zumal seine moralische Legitimation mehr als 25 Jahre nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zunehmend ins Wanken gerät. Wie soll es also weitergehen mit dem „Soli“? Mit dieser Frage setzen sich die Schülerinnen und Schüler in diesem Modul in einer Podiumsdiskussion auseinander. Darüber hinaus entwickeln sie eine Empfehlung an die Bundesregierung, wie ein Ausstiegsszenario aus dem Soli aussehen könnte.

ÜBERBLICK ÜBER DIE UNTERRICHTSEINHEIT

THEMENBEREICH Strukturpolitik → Solidaritätszuschlag

VORWISSEN Strukturwandel, Instrumente der Strukturpolitik

ZEITBEDARF 2 Unterrichtsstunden

METHODEN Positionslinie, Podiumsdiskussion, Plädoyer

KOMPETENZEN Die Schülerinnen und Schüler ...

- können Wesen und Inhalt des Solidaritätszuschlags erklären.
- können gesellschaftliche Interessenspositionen zum Solidaritätszuschlag beschreiben und vertreten.
- können Vorschläge zur Zukunft des Solidaritätszuschlags beschreiben und bewerten.

SCHLAGWORTE Einkommensteuer, Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, Strukturpolitik

AUTOR Dr. Peter Kührt

PRODUKTION C.C. Buchner Verlag

DER SOLIDARITÄTSZUSCHLAG UND DIE DISKUSSION UM SEINE ZUKUNFT

Der **Solidaritätszuschlag** (umgangssprachlich „Soli“) ist eine **Ergänzungsabgabe** zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Er wurde 1991 zunächst für ein Jahr eingeführt, um Mehrbelastungen des Bundeshaushaltes durch den Golfkrieg, die Unterstützung osteuropäischer Länder und den Beitritt der neuen Bundesländer zu bewältigen. Dieser Solidaritätszuschlag wurde immer wieder verlängert und 1995 schließlich entfristet. Begründet wurde dies mit den erheblichen Kosten für den Aufbau Ost. Tatsächlich ist der „Soli“ aber nichts anderes als ein Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Auch bei der Lohnsteuer, als Unterart der Einkommensteuer, wird der Solidaritätszuschlag erhoben. Die Lohnsteuer besteuert Einnahmen aus nicht-selbstständiger Arbeit. Sie wird nicht wie die Einkommensteuer im Veranlagungsverfahren, sondern im Abzugsverfahren erhoben und vom Arbeitgeber für den steuerpflichtigen Arbeitnehmer direkt an das Finanzamt abgeführt. Die Mittel des Solidaritätszuschlags sind **nicht zweckgebunden** und können prinzipiell für alle staatlichen Aufgaben verwendet werden. Dies wurde seit 1991 faktisch auch so gehandhabt. Nicht unerhebliche Teile, in den letzten Jahren sogar der Großteil der Mittel, wurden tatsächlich nicht für den Aufbau der neuen Bundesländer, sondern für andere Aufgaben verwendet. Und auch in den begünstigten Bundesländern wurden die Mittel nicht immer für Neuinvestitionen, sondern für andere Zwecke verwendet.

Mit dem sogenannten „**Solidarpakt**“ hat der Solidaritätszuschlag nichts zu tun. Dieser beinhaltet die Förderung der ostdeutschen Bundesländer durch den Länderfinanzausgleich, also durch Zahlungen der wirtschaftsstärkeren Bundesländer (derzeit vor allem Hessen, Baden-Württemberg und Bayern) an die wirtschaftsschwächeren Bundesländer, sowie weitere finanzielle Zuwendungen des Bundes (sogenannte „Bundesergänzungszuweisungen“). Der Solidarpakt steht in keinem direkten Zusammenhang mit dem Solidaritätszuschlag.

Aktuell beträgt der Solidaritätszuschlag 5,5% der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuerschuld eines Steuerpflichtigen bzw. einer Kapitalgesellschaft. Das gesamte Steueraufkommen beträgt ca. 18 Mrd. Euro jährlich und steht alleine dem Bund zu. Bei einem Durchschnittsverdiener (3.703 Euro brutto monatlich) beläuft sich die Einkommensteuer auf 623 Euro und der Soli auf 34 Euro, was einer jährlichen Solidaritätsabgabe von 408 Euro entspricht (Stand: 2018). Steuerpflichtige mit höheren Einkommen müssen entsprechend unserer Steuerprogression mehr, Niedrigverdiener weniger oder nichts bezahlen.

In den letzten Jahren wurde die öffentliche **Kritik** am Solidaritätszuschlag immer lauter. Dafür sind sicherlich folgende Gründe maßgeblich:

- Manche der geförderten Investitionen erwiesen sich als Fehlinvestitionen. Die Finanzmittel hätte man an anderer Stelle sinnvoller einsetzen können.
- Viele Regionen Ostdeutschlands sind heute finanziell bessergestellt und ausgestattet als einige westdeutsche Problemregionen.
- Die Mehrheit der Bundesbürger ist der Ansicht, dass 27 Jahre nach der Deutschen Einheit kein besonderer Förderbedarf für einen „Aufbau Ost“ mehr bestehen kann.
- Immer deutlicher wird auch, dass der größte Teil des Soli-Aufkommens überhaupt nicht für die neuen Bundesländer, sondern für ganz andere Zwecke verwendet wird, vorzugsweise zur Haushaltssanierung. Wenn die Finanzmittel des Solidaritätszuschlags somit im allgemeinen Steuertopf landen, verliert die eigentliche Förderung der neuen Bundesländer ihre politische Legitimation.

Strittig ist allerdings, wie eine **Abschaffung des Solidaritätszuschlags** praktisch erfolgen kann, ohne die als notwendig erachteten Finanzmittel zu verlieren. Die Positionen reichen von ersatzloser Streichung (FDP) bis hin zur Beibehaltung (Linke) bzw. Beibehaltung bei Neuausrichtung der Förderung auf wirtschaftliche Problemgebiete in ganz Deutschland (CDU/SPD/Grüne). Die aktuelle Bundesregierung strebt eine schrittweise Verringerung der Abgabe an. Dabei sollen zunächst Steuerpflichtige mit geringem Einkommen entlastet werden, später auch Steuerpflichtige mit höheren Einkommen. Bis 2021 soll der Soli so für 90 Prozent der Steuerzahler faktisch abgeschafft sein.

Literaturhinweise:

- Umfassende MDR-Dokumentation „Wer bezahlt den Osten“:
<https://www.mdr.de/zeitreise/wer-bezahlt-den-osten-das-projekt-100.html>
- Schuster, Eric (2015): Solidaritätszuschlag und Solidarpakt:
Perspektiven für den „Aufbau Ost“ nach 2019

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
1. Unterrichtsstunde				
5'	Einstieg	Die SuS bringen ihr Vorwissen zum Solidaritätszuschlag ein und bilden sich eine erste Meinung zu der Frage: „Soli abschaffen oder beibehalten?“	M1 Was wissen Sie über den Solidaritätszuschlag?	Methode: Positionslinie Die Aufstellung der SuS kann fotografiert und mit der Abstimmung am Ende verglichen werden.
20'	Erarbeitung I	Die SuS testen ihr Vorwissen und korrigieren Fehleinschätzungen in Bezug auf den Solidaritätszuschlag.	M1 Was wissen Sie über den Solidaritätszuschlag? Film: Was ist der Solidaritätszuschlag?	Partnerarbeit
20'	Erarbeitung II	Die SuS schlüpfen in unterschiedliche Interessenspositionen und bereiten sich mithilfe der Rollenkarten auf eine Podiumsdiskussion zum Thema „Aus für den Soli?“ vor.	M2 Plötzlich wollen alle den Soli abschaffen – endlich M3 Was der Soli vermag M4 Rollenkarten	Methode: Podiumsdiskussion Gruppenarbeit
2. Unterrichtsstunde				
20'	Durchführung	Die SuS vertreten die vorgegebenen Interessenspositionen zum Soli in der Podiumsdiskussion.	M4 Rollenkarten	Methode: Podiumsdiskussion
20'	Vertiefung	Die SuS setzen sich mit den Vorstellungen der politischen Parteien zur Zukunft des Solidaritätszuschlags auseinander. Sie argumentieren in einem Plädoyer für einen ihnen zugeteilten Vorschlag.	M5 Wie die Parteien zum Solidaritätszuschlag stehen – Positionen vor der Bundestagswahl 2017 M6 Wie könnte die Zukunft des Solidaritätszuschlags aussehen?	Methode: Plädoyer Einzelarbeit
5'	Sicherung	Die Klasse stimmt darüber ab, welchen Vorschlag sie den politischen Parteien in Deutschland empfehlen würde. Dazu positionieren sich die SuS erneut entlang einer gedachten Linie im Raum.		Methode: Positionslinie Auch diese Positionierung kann fotografiert und mit der Anfangsaufstellung verglichen werden. Haben sich ggf. Meinungen geändert und warum? Unterrichtsgespräch

M1 Was wissen Sie über den Solidaritätszuschlag?

1. Der Solidaritätszuschlag ist eine Abgabe, die lediglich in Westdeutschland erhoben wird.

Stimmt

Stimmt nicht

Korrektur: _____

2. Der Solidaritätszuschlag wird rein für den Aufbau Ost verwendet.

Stimmt

Stimmt nicht

Korrektur: _____

3. Wer ein geringes Gehalt hat, zahlt keinen Solidaritätszuschlag.

Stimmt

Stimmt nicht

Korrektur: _____

4. Wer viel verdient zahlt mehr Einkommensteuer und deshalb auch einen höheren Solidaritätszuschlag.

Stimmt

Stimmt nicht

Korrektur: _____

5. Der Soli fließt nicht zweckgebunden in den Bundeshaushalt und wurde z. B. zur Finanzierung des Golfkrieges eingesetzt.

Stimmt

Stimmt nicht

Korrektur: _____

6. ‚Solidarpakt‘ ist eine andere Bezeichnung für ‚Solidaritätszuschlag‘. Die Begriffe können synonym verwendet werden.

Stimmt

Stimmt nicht

Korrektur: _____

Was ich noch fragen wollte ...

M2 Plötzlich wollen alle den Soli abschaffen – endlich

Die Politik ist ein wundersames Geschäft. Manchmal stehen längst überholte Projekte fest wie Beton und obwohl die Notwendigkeit einer Neuregelung offensichtlich ist, packt niemand das Thema an.

5 Und dann geht es plötzlich ganz schnell und parteiübergreifend bröckeln lange gehaltene Positionen fast wie selbstverständlich. So wie jetzt beim Soli.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert wird der sogenannte Solidaritätszuschlag als Ergänzung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben, konkret seit dem Jahr 1991; etliche Leser waren damals noch gar nicht geboren. Sie sollten mit dem Soli eigentlich gar nicht mehr befasst sein, denn er war ausdrücklich befristet geplant und versprochen, nur
10 leider ist er, wie viele Abgaben, zur Dauereinrichtung geworden.

Das ist in hohem Maße ärgerlich, umso mehr, da die Einführung und der unmittelbare Anlass weit zurückliegen. Ursprünglich ging es darum, die Startkosten der Einheit zu finanzieren. Dabei war die Abgabe schon von der Namensgebung her ein Betrug am Steuerzahler. Denn anders als der Solidaripakt, mit dem er häufig verwechselt wird (also der Finanztausch von westlichen zu östlichen Bundesländern), war der Soli nie eine Hilfe der Wessis für die Osis, sondern er galt für alle. Die Solidarität galt, wenn überhaupt, dann dem Fiskus. Der Zuschlag startete mit 3,75 Prozent, er wurde ausgesetzt, wieder erhoben und dann sogar auf 7,5 Prozent getrieben. Die letzte Kohl-Regierung hat ihn auf
20 5,5 Prozent gesenkt, das war 1998, dort verharrt er seitdem.

Der New-Economy-Hype kam und ging, die Arbeitslosigkeit stieg und fiel, die Finanzkrise tobte erst mehr, dann weniger, und jetzt hat der Staat Einnahmen wie nie zuvor, kann sich die Bundesregierung an den internationalen Finanzmärkten refinanzieren, ohne überhaupt Zinsen zu zahlen, mitunter bekommt sie von den Geldgebern sogar noch etwas draufgelegt. Aber der Soli blieb. Einfach draufgepackt auf die sonstige Steuer und damit schön unübersichtlich.

Nun aber ist er binnen zweier Tage kassiert worden, jedenfalls perspektivisch. Am Montag hat SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz angekündigt, dass die SPD den Soli für untere und mittlere Einkommen abschaffen will, später auch für höhere Einkommen. Am Dienstag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel nachgelegt und eine Abschaffung für alle (allerdings später) in Aussicht gestellt.

Zwar leidet der SPD-Vorstoß daran, dass er Teil eines wie üblich vorrangig umverteilerischen Steuerkonzepts ist, das den einen nimmt, was den anderen gegeben werden soll. Dass der Staat sich mal bescheide und Wachstumskräfte quer durch die Gesellschaft wecken könnte, steht nicht wirklich zur Debatte. Der CDU-Vorstoß wiederum krankt daran, dass die Union noch gar kein Steuerkonzept fertig hat, geschweige denn ein Wahlprogramm. Was angesichts der Wahl in drei Monaten ziemlich bräsig
55 ist. Auch wenn die Kanzlerin sich wieder größerer Zustimmung erfreut, ein Programm hätte der Wähler schon gern.

Marc Beise, Plötzlich wollen alle den Soli abschaffen – endlich, sueddeutsche.de, 22.06.2017

M3 Was der Soli vermag

Der Soli muss weg! Wie ein Schlachtruf ertönt die Forderung, endlich die Sonderabgabe auf die Einkommensteuer abzuschaffen, seit Jahren in jedem Wahlkampf. Doch nie schien der Wunsch so berechtigt zu sein wie jetzt: Der Solidarpakt zum Aufbau der neuen Bundesländer läuft 2019 aus. Zudem ist viel Geld da, der Bundeshaushalt weist Überschüsse in zweistelliger Milliardenhöhe auf. Beide Argumente sprechen dafür, den Soli zu streichen. Das stimmt, ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Tatsächlich beginge die nächste Regierungskoalition einen schweren Fehler, gäbe sie dem Wunsch einfach nach. Denn die ersatzlose Abschaffung des Soli passt nicht in den gesellschaftlichen Zeitgeist.

Der Zeitgeist ist geprägt durch Debatten um die wachsende Ungleichheit in Deutschland und weltweit, um die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, und die schwindende Mittelschicht. [...] Vor diesem Hintergrund wirkt es beinahe schizophren, wenn im gleichen Atemzug die Abschaffung eines vorhandenen Instruments gefordert wird, das genau diese solidarische, mithin ausgleichende Wirkung zwischen Arm und Reich im Namen trägt – nämlich der Solidaritätszuschlag. Für ihn gilt der Grundsatz: je höher das Gehalt, desto höher die Summe, die der Steuerzahler entrichten muss.

Gerne vergessen wird auch, wer den Zuschlag Anfang der 1990er-Jahre eingeführt hat. Es war die schwarz-gelbe Regierungskoalition unter dem da-

maligen Bundeskanzler Helmut Kohl – und nicht etwa ein linkes Bündnis. Der Anlass war schlicht. Deutschland war zwar nicht in den Irak-Krieg gezogen, hatte aber versprochen, sich mit den Verbündeten solidarisch zu zeigen und sich an den Kosten zu beteiligen. Im Bundeshaushalt fehlte das Geld, weshalb Kohl gegen den Widerstand des Koalitionspartners FDP den Soli durchsetzte. Später kam der Aufbau Ost dazu, der finanziert werden musste. Aus der temporären Abgabe, die alle Steuerzahler in Ost und West zu zahlen hatten, wurde eine permanente.

Die Freien Demokraten waren stets gegen den Soli. Die Geschichte des Zuschlags ist also zugleich die eines Traumas der FDP, das in der vergangenen Sonntagnacht in einem Abbruch der Sondierungsgespräche für ein schwarz-gelb-grünes Bündnis kulminierte. Die FDP hatte vehement für die Abschaffung der Abgabe geworben und dabei die Latte sehr hoch gelegt. Ersatzlos sollte sie gestrichen werden. Bis 2021. Die Forderung wurde zur Koalitionsbedingung stilisiert.

Damit war das Scheitern programmiert. Die FDP hatte die Latte nicht nur hoch gelegt, sondern zu hoch. Denn auf die Abgabe, die zwischen 18 und 20 Milliarden Euro jährlich in den Bundeshaushalt einbringt, ersatzlos zu verzichten, hätte ein riesiges Loch ins Budget gerissen und alle anderen Projekte der möglichen Koalitionspartner unmöglich gemacht.

Cerstin Gammel, Was der Soli vermag, sueddeutsche.de, 21.11.2017

M4 Rollenkarten

Frau Körner (18)

Abiturientin aus Chemnitz

Sie sieht wenig Perspektiven für sich, wenn sie nicht in die alten Bundesländer übersiedelt, da es in ihrer Region noch immer sehr wenige Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie kaum berufliche Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Frau Körner ist eine leidenschaftliche Befürworterin, den Aufbau in den neuen Bundesländern noch weit mehr als bisher zu fördern. Geschieht dies nicht, befürchtet sie, dass immer mehr junge Menschen in den Westen übersiedeln und die Arbeitsplätze im Osten noch weiter zurückgehen.

Herr Schubert (45)

Inhaber eines Unternehmens in Leipzig

Er sieht zwar wirtschaftliche Fortschritte in seiner Region, aber auch immer noch eine infrastrukturelle Benachteiligung, schlechte Rahmenbedingungen für Existenzgründer und ein Kaufkraftdefizit im Osten Deutschlands. Herr Schubert plädiert dafür, insbesondere Jungunternehmer und Existenzgründer finanziell zu fördern. Er glaubt, dass man die Unternehmen im Osten noch stärker als bisher unterstützen müsse, um Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für die Menschen in den neuen Bundesländern zu fördern.

Frau Schlottmann (54)

Bürgermeisterin aus einer überschuldeten Westkommune

Ihre Stadt ist in der Schere zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben gefangen. Sie beklagt, dass viel Geld in den Osten Deutschlands fließt und dass Problemgebiete im Westen zu kurz kommen. Frau Schlottmann hat gerade ein städtisches Schwimmbad und eine Bibliothek schließen müssen. Viele Schulen und Straßen müssten längst saniert werden. Die städtischen Sozialleistungen für Arbeitslose und Rentner erhöhen sich dramatisch. Gleichzeitig gehen die Steuereinnahmen immer mehr zurück, da viele kleine Unternehmen in Konkurs gehen und Arbeitsplätze abgebaut werden. Dadurch sinken Einkommen und Kaufkraft in der Stadt, wodurch die Umsätze der verbleibenden Unternehmen weiter zurückgehen. Ein Teufelskreis! Frau Schlottmann fordert, dass arme Städte in Westdeutschland genauso gefördert werden, wie man dies mit den ostdeutschen Städten nach der Wiedervereinigung gemacht hat.

Herr Meesel (42)

Seit mehreren Jahren arbeitsuchend, wohnhaft in einem Problemviertel im Ruhrgebiet

Er beklagt die eklatante Ungerechtigkeit, dass Milliarden von staatlichen Fördergeldern in den Osten fließen, während in seinem Viertel alles verkommt und er durch die Abwanderung der Industrie, auch in die neuen Bundesländer, keine Chance auf eine neue Stelle hat. Herr Meesel ist wütend, dass in seinem Wohnviertel immer mehr Geschäfte schließen, Häuser verfallen und der Unrat zunimmt. Immer mehr Leute im Viertel haben keine Arbeit mehr und leben von staatlicher Unterstützung. Herr Meesel fordert, dass die Mittel, die für den Aufbau Ost eingeplant wurden, nunmehr in die westdeutschen Problemviertel gesteckt werden, um wieder für mehr Arbeitsplätze, eine Lebensperspektive und ein schönes Wohnumfeld zu sorgen.

Frau Uhlig (20)

Ostdeutsche Auszubildende bei einem westdeutschen Sportartikelhersteller

Sie ist glücklich, in einer westdeutschen Großstadt einen attraktiven Ausbildungsplatz gefunden zu haben. Über das Märchen von den blühenden Landschaften im Osten kann sie nur milde lächeln. In ihrer Gemeinde gab es weder soziale und kulturelle Angebote für Jugendliche noch Ausbildungsplätze. Frau Uhlig ist überzeugt, dass die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den östlichen Bundesländern nur besser werden, wenn diese noch lange umfassend gefördert werden. Allerdings ist sie schon der Meinung, dass ein Teil der Gelder auch an westdeutsche Kommunen fließen sollte, die unter Arbeitslosigkeit und Armut zu leiden haben.

Herr Subcik (23)

Westdeutscher Student an einer ostdeutschen Universität

Er kann allen Jugendlichen nur empfehlen, an einer ostdeutschen Uni zu studieren. Die Ausstattung ist gut, die Lerngruppen sind klein und die Professoren jung und engagiert. Herr Subcik freut sich darüber, dass in den letzten Jahren so viele Mittel in die neuen Bundesländer geflossen sind und zur Modernisierung von Schulen, Universitäten, öffentlichem Nahverkehr, Straßen und Häusern verwendet wurden. Seine Universität ist technisch auf höchstem Niveau. Seine schöne Wohnung ist billig. Mit seinen Freunden, die an Universitäten im Westen studieren, möchte er nicht tauschen. Die finanzielle Förderung der neuen Bundesländer sollte auf jeden Fall weiter fortgesetzt werden.

AUFGABE

3. Wenn man eine politische Entscheidung fällen möchte, ist es hilfreich, sich in die Perspektive der Betroffenen hineinzusetzen. Ihnen wird nun eine Rolle zugeteilt, aus deren Perspektive Sie in der Podiumsdiskussion argumentieren sollen.
Bereiten Sie sich anhand Ihrer Rollenkarte (M4) und der Informationstexte (M2, M3) auf die Podiumsdiskussion zum Thema „Aus für den Soli?“ vor.

M5 Wie die Parteien zum Solidaritätszuschlag stehen – Positionen vor der Bundestagswahl 2017



FDP

Die FDP will den Solidaritätszuschlag seit längerer Zeit alternativlos abschaffen. Sie argumentiert, dass er 1995 von der CDU/CSU-FDP-Regierung unter Helmut Kohl eingeführt wurde, um die Belastung durch die Deutsche Einheit abzufangen. Diese Funktion habe sich längst überlebt. Von den 13 Milliarden Euro im Jahr fließe nur noch ein geringer Teil in den Osten. Die Bürger erwarten, dass diese überholte Steuer abgeschafft wird – spätestens 2019 mit Auslaufen des Solidarpaktes II.



CDU/CSU

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat klar gesagt, dass die Union am Solidaritätszuschlag auch nach 2019 festhalten will. Der Staat brauche das Geld, um etwa in die Infrastruktur oder in die Bildung zu investieren. Anders als beim Solidarpakt sei dies dann aber nicht mehr von der Himmelsrichtung abhängig. Die spezifische Förderung für den Osten soll daher in eine Förderung nach regionaler Notwendigkeit umgewandelt werden. Der Wirtschaftsflügel der Union will dagegen, ähnlich wie die FDP, den Soli abschaffen.

SPD

Die SPD will ebenfalls am Soli festhalten und ähnlich wie die Union grundsätzlich in Infrastruktur investieren. Allerdings kommen unterschiedliche Signale aus der Partei. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans etwa plädiert dafür, den Solidarzuschlag an einen Zweck zu binden – und zwar die Entschuldung der Bundesländer.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Auch die Grünen wollen den Soli nicht abschaffen. Eine Gegenfinanzierung der 13 Milliarden sei nicht absehbar, der Bedarf an Investitionen aber enorm. Im Übrigen würden von einer Abschaffung des Soli mal wieder die Besserverdiener am meisten profitieren. Ähnlich wie Walter-Borjans argumentiert Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen). Auch sie will den Soli zum Abbau der Staatsverschuldung einsetzen, engt dies aber nicht auf die Länder ein. Der Soli solle künftig jedenfalls nicht mehr nur zum Löcherstopfen im Bundeshaushalt genutzt werden.

DIE LINKE.

LINKE

Die Fraktion will Vermögenseinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belasten als bisher. „Dadurch erhält der Bund zusätzliche Einnahmen und der Solidaritätszuschlag kann schrittweise gesenkt werden. Auf diese Weise wollen wir soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik herstellen“, heißt es auf der Homepage der Linken.

Afp, rtr, dne, Bund-Länder-Ausgleich, Schäuble will den Soli durch höhere Steuern ersetzen, Handelsblatt, 9.9.2014

DEFINITION

Solidarpakt

Der Solidarpakt beinhaltet die Förderung der ostdeutschen Bundesländer durch den Länderfinanzausgleich, also durch Zahlungen der wirtschaftsstärkeren Bundesländer (derzeit vor allem Hessen, Baden-Württemberg und Bayern) an die wirtschaftsschwächeren Bundesländer, sowie weitere finanzielle Zuwendungen des Bundes (sogenannte „Bundesergänzungszuweisungen“). Der Solidarpakt steht in keinem direkten Zusammenhang mit dem Solidaritätszuschlag.

M6 Wie könnte die Zukunft des Solidaritätszuschlags aussehen?

+	BEIBEHALTEN	ABSCHAFFEN	–
Variante 1	Soli beibehalten, aber Mittelvergabe ausschließlich für die neuen Bundesländer	Soli ersatzlos streichen	Variante 3
Variante 2	Soli beibehalten, aber Förderung aller Problemgebiete in Deutschland	Soli abschaffen, aber Einkommen- und Körperschaftsteuer in gleichem Maße erhöhen	Variante 4

ARGUMENTE

+	Variante 1	Die Bundesländer im Osten haben auch heute noch einen hohen Nachholbedarf. Sie müssen weiter gefördert und daher der Soli wieder auf seine ursprüngliche Zielsetzung zurückgeführt werden. Nur dann werden die Bürgerinnen und Bürger diese Abgabe auch weiterhin akzeptieren
+	Variante 2	Viele Städte und Gemeinden in den alten Bundesländern sind heute finanziell schlechter gestellt als die der meisten neuen Bundesländer. Die Mittel des Soli müssen daher zukünftig für Problemgebiete in ganz Deutschland verwendet werden. Die Förderung darf sich ausschließlich nach der finanziellen Notlage der Gemeinden richten. Dies wird die Akzeptanz der Bevölkerung für den Soli wieder herstellen.
–	Variante 3	Der Soli hat mittlerweile seine Existenzberechtigung verloren. Mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es keinen Grund mehr für eine spezielle Förderung der neuen Bundesländer, zumal manche alten Bundesländer heute eine größere Finanznot haben. Wenn aber der Soli nur noch eine verdeckte Steuer ist, für die keine Notwendigkeit mehr besteht, dann muss sie abgeschafft werden. Die Bürgerinnen und Bürger wird es freuen.
–	Variante 4	Der Soli war schon immer ein reiner Steuerzuschlag. Der Aufbau der neuen Bundesländer war nur eine moralische Rechtfertigung für die höhere Besteuerung. Es wird Zeit, dies ehrlich zuzugeben und den Soli abzuschaffen, zumal eine spezielle Förderung der neuen Bundesländer nicht mehr nötig ist. Allerdings wäre es naiv anzunehmen, dass man 18 Mrd. Euro jährlich von heute auf morgen einsparen könnte. Die Mittel werden benötigt. Daher ist es erforderlich, die Einkommen- und Körperschaftsteuer gleichzeitig mit der Abschaffung im erforderlichen Umfang zu erhöhen.

AUFGABEN

- Wenn man davon ausgeht, dass der Solidaritätszuschlag in seiner jetzigen Form kaum noch eine Existenzberechtigung hat, da er nur noch zu einem geringen Teil für die Förderung der neuen Bundesländer eingesetzt wird, stellt sich die Frage, wie man mit diesem Steuerzuschlag weiter verfahren soll. Die in M5 dargestellten politischen Positionen lassen sich auf vier mögliche Modelle komprimieren. Sie erhalten in dieser Lernrunde eine von vier Varianten (M6) zugeteilt. Bereiten Sie zu diesem Vorschlag ein Plädoyer vor, in dem Sie diesen aktiv und engagiert vertreten. Unterfüttern Sie Ihren Vorschlag mit überzeugenden Argumenten. Halten Sie Ihr Plädoyer vor der Klasse.
- Stimmen Sie abschließend über die vorgetragenen Vorschläge ab. Welcher Vorschlag hat Sie am meisten überzeugt? Welche Empfehlung würden Sie den politischen Parteien in Deutschland bzgl. der künftigen Ausgestaltung des Solidaritätszuschlags geben? Positionieren Sie sich entlang einer gedachten Linie im Raum und begründen Sie Ihre Positionierung. Auch diese Abstimmung wird wieder fotografiert und anschließend mit der Ausgangsabstimmung verglichen. Begründen Sie, warum Sie im Vergleich zum Anfang der Stunde möglicherweise Ihre Meinung geändert haben.